

Mitarbeiter des Bereiches Medizin der KMU mit erhöhter Leistungsbereitschaft

Junge Genossen stärken die Partei

Kerstin Rehme

Sie ist Studentin im 3. Studienjahr an der Medizinischen Fakultät; ihr Berufswunsch ist medizintechnische Assistentin. Gegenwärtig absolviert sie ihr Praktikum im technischen Labor der Universitätsklinik.

Seit langem schon äußerte Kerstin den Wunsch, die Reihen der Partei zu stärken. Im Juli 1981 wurde sie nun Kandidat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Kerstin hat diesen wichtigen Schritt reiflich überlegt und will alles daran setzen, ein guter Genosse zu werden.



Großen Anteil an der Herausbildung ihrer politischen Haltung haben in erster Linie, und das ist recht ungewöhnlich, die Hochborn Kerstins. Sie, beide Genossen, bekräftigten ihren Entschluß, Mitglied der SED zu werden, und legten in Gesprächen Aufgaben und Pflichten junger Genossen anschaulich dar. Doch auch Kerstins Eltern und die Staatsbürgerkundelehrerin ihrer Schule haben nicht zuletzt einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung der jungen Genossin. Das Kollektiv des Labors der Frauenklinik, wo Kerstin zur Zeit tätig ist, unterstützt Kerstin und ist stets ein guter Partner. In den Parteigruppenorganisator Dr. Zimmermann, der sie als erziehender Genosse betreut, kann sie sich mit allen Fragen wenden.

In ihrem Kollektiv leistet Kerstin eine gute FDJ-Arbeit und hilft mit, sie in der Klinik zu aktivieren und zu verbessern.

Auch Erwartungen hat die junge Genossin, gesellschaftliche und persönliche. Sie möchte, daß die Politik unseres Staates so weitergeführt wird und will als Genosse in ihrem Arbeitsbereich auf dem Gebiet des Gesundheitswesens dazu einen aktiven Beitrag leisten.

Mediziner mit neuen Initiativen und Aktivitäten

Außerordentliche Mitgliederversammlungen der GO Medizin bieten Aufgaben zur Erhöhung der Qualität in Forschung, Ausbildung, Weiterbildung und medizinischer Betreuung

In der vergangenen Woche fanden an der GO Medizin außerordentliche Parteiversammlungen statt. Dr. Werner Fuchs, 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, und weitere Mitglieder des Sekretariats nahmen daran teil. Im Mittelpunkt der aufgeschlossenen Diskussionen standen Fragen der Erhöhung der Qualität der politisch-ideologischen Arbeit, Maßnahmen zur Leistungssteigerung im Bereich Medizin, Fragen der Leistungsbereitschaft und neue Initiativen aller im Bereich Medizin Beschäftigten.

Hier einige Beispiele:
Medizinische Klinik: In der Diskussion wurde berichtet, daß bisher eine Kollegin von Teil- auf Vollbeschäftigung und eine Kollegin von Zwei- auf Dreiarbeitsystem überging.
Orthopädie: Die Orientierung der GOL zum Aufbau einer leistungsfähigen Diagnostik und Therapie in der zweiten Tageshälfte wurde von den Genossen aufgegriffen. Es wurde betont, daß es besonders darauf ankommt, die Aufgaben für jeden einzelnen Mitarbeiter genau festzulegen und die politisch-ideologische Arbeit so zu führen, daß die Bereitschaft einiger Mitarbeiter auch in der Physiotherapie erlangt wird, in der zweiten Schicht zu arbeiten.

Grundstudium: Die Genossen der klinischen Chemie und Physiologie berichten über Vorstellungen zur Nutzung der derzeitigen Situation für die Leistungssteigerung: Neue Festlegung der Aufgaben und Pflichten, Neufestlegung der Forschungsthemen, Einbezug der medizintechnischen Angestellten in die Diskussion, um dadurch das Interesse zu wecken und ein höheres Engagement und zuverlässigere Arbeitshaltung zu initiieren.

4. Studienjahr: Auftrag an die Parteigruppen und FDJ-Leitung des Studienjahres zur Erarbeitung einer Analyse über die Qualität der Seminare und Praktika in der Inneren Medizin, um in der Studienjahresanleitung gemeinsam mit der HSL an der Erhöhung der Qualität der Seminare und Praktika zu arbeiten.

2. Studienjahr: Verbesserung der praktischen Ausbildung im Fach Anatomie. Beratung mit Institutleitung und dem Direktor für Erziehung und Ausbildung mit dem Ziel der Erarbeitung eines verbesserten Seminarplanes für den Mikroskopiekurs.

In den APO der Studenten wurde die außerordentliche Mitgliederversammlung genutzt, um die Verbindung zum Leistungsstandpunkt herzustellen und daraus die Anforderungen an eine erhöhte Qualität der Erfüllung des Studienauftrages abzuleiten.



Alltag des Gesundheits- und Sozialwesens

Im Sozialismus:

Auf dem X. Parteitag der SED konnte eine gute Bilanz mit wesentlichen Fortschritten beim weiteren Ausbau der medizinischen und sozialen Betreuung der Bürger gezogen werden. Neben der Sowjetunion hat kein anderer Staat der Welt im letzten Jahrzehnt so viel für die Gesundheit und soziale Sicherheit seiner Bürger getan wie die DDR. In dieser Zeit hat sich die Zahl der Werktätigen im Gesundheits- und Sozialwesen um über 100.000 erhöht, so daß sich heute über 470.000 Mitarbeiter um die Gesundheit und soziale Geborgenheit der Bürger sorgen.

Auf dem X. Parteitag der SED konnte eine gute Bilanz mit wesentlichen Fortschritten beim weiteren Ausbau der medizinischen und sozialen Betreuung der Bürger gezogen werden. Neben der Sowjetunion hat kein anderer Staat der Welt im letzten Jahrzehnt so viel für die Gesundheit und soziale Sicherheit seiner Bürger getan wie die DDR.

Die Zahl der Ärzte erhöhte sich von 27.200 im Jahre 1970 auf gegenwärtig 34.000 und die Zahl der Zahnärzte von 7.350 auf 9.700. Mit einem Arzt auf 490 Bewohner hat die DDR im Jahre 1980 ein hohes Niveau erreicht.

Für die Rekonstruktion und den Neubau von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen wurde allein im vergangenen Fünfjahresplan die gewaltige Summe von etwa 5 Mrd. Mark eingesetzt. Diese Investitionssumme liegt mehr als doppelt so hoch wie im Fünfjahresplanzeitraum 1971 bis 1975. Darüber hinaus konnten die Betreuungsbedingungen für die Patienten und die Arbeits- und Lebensbedingungen für Ärzte und Schwestern in einer großen Zahl älterer Gesundheitseinrichtungen durch den Einsatz von etwa 2 Mrd. Mark Weiterhaltungsmitteln spürbar verbessert werden. Neue leistungsfähige Krankenhäuser wurden in Halle-Kölnitz, Suhl, Neubrandenburg und Jena-Lobeda in Betrieb genommen. Der erste Bauabschnitt der Chomsk, das größte Investitionsverhaben im Gesundheitswesen der DDR, sowie der Bau der Krankenhäuser in Karl-Marx-Stadt und Nordhausen stehen kurz vor ihrer Vollendung. Weitere größere Krank-

häuser und Universitätskliniken sind im Bau. Damit wird die medizinische Betreuung der Bevölkerung besonders in den Arbeitertentren entscheidend verbessert.
Allein seit 1976 wurde die Basis der ambulanten medizinischen Betreuung um 31.777 neue ärztliche und zahnärztliche Arbeitsplätze erweitert. Mit der Schaffung von über 54.000 Plätzen in Kinderkrippen im vergangenen Fünfjahresplan hat die DDR ihre führende Position in der Welt bei der Betreuung der Kinder in Krippen weiter ausgebaut. Die besondere Fürsorge des sozialistischen Staates für die Veteranen der Arbeit findet u. a. ihren Ausdruck im Neubau von modernen schönen Feiersälen und Pflegeheimen mit 23.000 Plätzen. Bei der gesellschaftlichen Unterstützung schwergeschädigter Bürger sind beachtliche Fortschritte ersichtbar.
Im Ergebnis dieser Entwicklung wurde das Netz der Gesundheits- und Sozialeinrichtungen in der DDR wesentlich dichter und leistungsfähiger. In Durchführung entsprechender Beschlüsse der Partei- und Staatsführung wurde die Versorgung des Gesundheitswesens und der Bevölkerung mit Arzneimitteln und Erzeugnissen der Medizintechnik qualitativ und quantitativ beträchtlich verbessert. Der Wertumfang an bereitgestellten Arzneimitteln stieg beträchtlich an. Dank dieser großzügigen Hilfe und Förderung durch Partei und Staat haben die Ärzte, Schwestern und anderen Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens der DDR ihre Leistungen für die Bürger bedeutend gesteigert und vielfältige Initiativen zur Erhöhung von Qualität und Wirksamkeit der medizinischen Arbeit entwickelt, und in der medizinischen Forschung und bei der Aus- und Weiterbildung wurde Beachtliches erreicht.

Kommunisten des Bereiches stellen sich an die Spitze

Parteiaktiv der GO Medizin zur weiteren Effektivierung der Arbeit / Aus dem Referat des Mitglieds der SED-KL und GO-Sekretärs Dr. W. Vörkel

Angesichts der ständig zunehmenden Bedrohung des Friedens durch die Hochrüstungspolitik der NATO verlangt die Fortführung der Politik der Hauptaufgabe, höchsten Leistungswillen aller Werktätigen, um den erforderlichen Leistungszuwachs in bisher nicht gekanntem Ausmaß zu erreichen. Damit wächst auch die politische Verantwortung der Genossen und Mitarbeiter des Bereiches und aller unserer Studenten.

Das setzt voraus, daß wir als Genossen unsere Anstrengungen verstärken, den parteilosen Mitarbeitern und Studenten die Zusammenhänge und Erfordernisse des Kampfes um den Frieden zu erläutern und die Überzeugung weiter ausprägen und festigen, daß die allseitige Stärkung unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik der beste Beitrag aller Bürger zur Erhaltung des Friedens ist und daß auch die Mitarbeiter der Kliniken und anderen medizinischen Einrichtungen der Karl-Marx-Universität aufgefordert sind, einen noch wirksameren Anteil dafür zu leisten.

festigen, daß die allseitige Stärkung unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik der beste Beitrag aller Bürger zur Erhaltung des Friedens ist und daß auch die Mitarbeiter der Kliniken und anderen medizinischen Einrichtungen der Karl-Marx-Universität aufgefordert sind, einen noch wirksameren Anteil dafür zu leisten.



Während des Parteiaktivs der GO Medizin, Foto: Veltin/Welchsel/Archiv (2)

Von der politischen Haltung unserer Genossen, Mitarbeiter und Studenten hängt es mit ab, den Bürgern der DDR die Errungenschaften der modernen medizinischen Wissenschaft auch in Zukunft zugänglich zu machen und die Arbeit in unseren Einrichtungen so zu gestalten, daß die Patienten von der Sozialpolitik der SED in unserem Arbeiter- und Bauern-Staat den größtmöglichen Gewinn für ihre Gesundheit haben.

Die auf die weitere Erhöhung der Qualität und Wirksamkeit medizinischer Arbeit gerichteten Zielstellungen verlangen mehr denn je, das bewußte Eintreten aller Mitarbeiter und Studenten des Bereiches für die auf Frieden und das Wohl des Volkes gerichtete Politik unserer Partei, die Liebe zu unserem sozialistischen Vaterland, und eine hohe, vom so-

Hochschullehrer - Abgeordneter - Mandatsträger

Prof. Dr. sc. Peter Schwartz, Direktor des Carl-Ludwig-Instituts für Physiologie

Zu jenen KMU-Angehörigen, denen die Bürger unserer Stadt am 14. Juni ihr Vertrauen aussprachen und in die oberste Volksvertretung der DDR - die Volkskammer - oder in den Bezirkstag wählten, gehört auch der Direktor des Carl-Ludwig-Instituts für Physiologie unserer Universität, Prof. Dr. sc. Peter Schwartz. Ausgerüstet mit einem Mandat des Kulturbundes wirkt Prof. Schwartz nun tatkräftig im Volkskammerausschuß für Gesundheitswesen, wo er gemeinsam mit den anderen Abgeordneten bereits Aufgaben in Angriff genommen hat.

dazu beitragen, die Beschlüsse zur Gesundheitspolitik in guter Qualität zu erfüllen. Dazu wird Prof. Schwartz Konsultationen mit Prof. Dr. Rogos, der an der Medizinischen Klinik unserer Universität arbeitet und Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Bezirkstages ist, durchführen, um die Arbeit zu koordinieren.

anspruchende Beschäftigung mit der Kultur. Es kommt darauf an, so formuliert er, nicht nur fachlich qualifiziert, sondern auch eine ideologisch und kulturell-ästhetisch gebildete Ärztesgeneration heranzubilden. Wichtige Punkte leitet Prof. Schwartz für sich auch aus der Aufgabenstellung des Kulturbundes in Vorbereitung seines 10. Bundeskongresses ab, den Kulturbund zu

Aus der ARBEIT unserer ABGEORDNETEN

Freude, daß gerade im UNO-Jahr der Geschädigten die Probleme dieser Menschen auch und besonders im Mittelpunkt der Arbeit des Volkskammerausschusses für Gesundheitswesen stehen. So führten die Mitglieder des Ausschusses Inspektions- und Konsultationsreisen in den Bezirk Karl-Marx-Stadt durch, um sich an Ort und Stelle zu informieren, wie in den verschiedenen Einrichtungen unterschiedlichste Art und Konfession gearbeitet wird, um physisch und psychisch Geschädigte in das gesellschaftliche Leben einzugliedern.

schem Gebiet sieht Prof. Schwartz, der Mitglied des Präsidialrates des Kulturbundes ist, als eine Seite seiner Abgeordnetentätigkeit an. Als eine zweite, die aber ursächlich damit verknüpft ist, betrachtet er seine Tätigkeit als Mitglied des Kulturbundes. So will er durch seine Arbeit z. B. in der Hochschulgruppe Leipzig des KB dazu beitragen, das Niveau der weltanschaulich ethischen und künstlerischen Aneignung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erhöhen. Dabei legt er besonderes Augenmerk auf die Heranführung der angehenden Ärzte an eine anspruchsvolle und qualitativ

einer Massenorganisation zu entwickeln. Gegenwärtig, so berichtet er, wird in den Gruppen intensiv darüber diskutiert, was getan werden muß, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Es sind, so unterstreicht er, neue Formen der massenpolitischen Arbeit nötig. Das beginnt bei der Themenauswahl und der Auswahl der Gesprächspartner. Es sind vor allem Themen gefragt, bei denen die Lösung nicht schon von vornherein gegeben ist. Streitgespräche, in denen Referenten und Veranstaltungsbesucher gemeinsam nach der richtigen Lösung suchen, sind deshalb eine Form, die künftig



noch mehr Raum im Programm des KB einnehmen werden.
Man sollte meinen, daß Prof. Schwartz, der im übrigen der einzige Volkskammerabgeordnete im Bereich Medizin ist, mit der Erfüllung der bisher erwähnten Aufgaben neben seiner fachlichen Arbeit schon bis an die Grenze des Möglichen ausgefüllt ist. Doch erfüllt er noch eine dritte Abgeordnetenflicht, die aber besonders wichtig ist. Es ist die Tätigkeit mit den Wählern selbst. Schon so manchen Bürger, der sich mit Eingaben oder Bitten um Unterstützung um eine spezielle medizinische Betreuung u. a. an den Abgeordneten wandte, konnte er weiterhelfen. Dabei bemüht sich Prof. Schwartz um eine enge Zusammenarbeit mit dem Rat des Bezirkes und natürlich mit dem Bereich Medizin.
Gudrun Schaufuß

Im Kapitalismus:

Mit rigorosen Streichungen bei den Sozialausgaben werden den Werktätigen die für die menscheneindliche Hochrüstungspolitik vorgesehenen Mittel zusätzlich aus der Tasche gezogen. Der USA-Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1981/82 sieht u. a. die Reduzierung der Alters- und Invalidenrenten, der Arbeitslosenunterstützung, der Lebensmittelbeihilfen, der Zuschüsse für Schulspesung sowie für die ärztliche Betreuung der Armen vor. Die enorme Kluft zwischen arm und reich, die schreienden Gegensätze in den Lebensverhältnissen und in individuellen Zukunftshoffnungen des werktätigen Volkes und besonders der Jugend in den NATO-Staaten wachsen an. Kriminalität, Verrohung, Drogenucht, moralischer Verfall haben katastrophale Ausmaße angenommen. Gesteigerter Antikommunismus und Antisowjetismus sollen vor den Völkern die unverhüllte Hochrüstung rechtfertigen. In der BRD sind soziale Unsicherheit, der „blaue Brief“, Bildungsabbau, Preislawinen und Kostenbeteiligung an der Gesundheit zu Kennzeichen der sich verschlechternden Lage der Werktätigen geworden.
Dagegen erhalten Unternehmer umfangreiche Steuervergünstigungen, die in der Staatskasse Mindererträge von insgesamt 11,5 Mrd. DM 1982 zur Folge haben werden. Die Regierung der BRD hat für 1982 bisher bereits Einsparungsmaßnahmen in Höhe von 19 Mrd. DM beschlossen. Davon betreffen 12,5 Mrd. DM vorläufig allein den sozialen Bereich, so u. a. die Arbeitslosenunterstützung, das Kindergeld, die Sozial- und Familienbeihilfen, die Ausbildungsförderung und das Wohngeld sowie die Altershilfe und die Unfallversicherung in der Landwirtschaft.
Ein weiteres Bündel von Streichungen auf dem Gebiet des Sozial- und Gesundheitswesens ist in einem 32 Punkte umfassenden Arbeitspapier vorgesehen.
Hinter den 2 Mrd. DM, die im Gesundheitsbereich zunächst „freigesetzt“ werden sollen, verbergen sich verringerte Anspruchsberechtigung

und höhere Kostenbeteiligung der Versicherten und eine gefährliche, sich auf Umfang und Qualität der medizinischen Betreuung auswirkende Limitierung ärztlicher Verordnungen. Zu dem von der Bonner Regierung beabsichtigten Sparprogramm gehören u. a. folgende Punkte:
- Die Rezeptgebühr wird so verändert, daß der Versicherte bis zu 4 DM pro Rezept bei maximal 3 Verordnungen zu tragen hat.
- Arznei- und Hilfsmittel, die bei leichteren Erkrankungen Anwendung finden, müssen zukünftig vom Patienten selbst getragen werden.
- Medizinische Hilfsmittel (Brillen, Hörhilfen), die mehr als 100 DM kosten, darf ein Arzt in Zukunft erst dann verordnen, wenn er vorher bei der Krankenkasse um die Genehmigung ersucht hat.
- Der Zuschuß der Krankenkassen für Zahnersatz wird von 80 Prozent auf 60 Prozent der Kosten herabgesetzt.
- Mittel für Kuren werden um 600 Mio DM und für Rehabilitation Geschädigter um 500 Mio DM gekürzt.
- Bei Fahrten zu medizinischer Behandlung hat der Versicherte zukünftig einen Anteil von 5 DM zu zahlen.
- Der Bettenbestand in Krankenhäusern soll um 50.000 bis 70.000 reduziert und die durchschnittliche Behandlungsdauer im Krankenhaus in einem unveränderbaren Maße eingeschränkt werden.
- Dem Versicherten soll der Zugang zu medizinischer Behandlung erschwert werden, indem ihm nur noch ein Behandlungsschein im Quartal durch die Versicherung zugebilligt wird.
Seitens der Regierung wurde angekündigt, daß „noch einige weitere wirksame Dinge zu drastischen Kürzungen bei der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung nachgeschoben werden sollen“, obwohl die Beiträge in den Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherungen für den Bundesbürger in der Regel heute schon die Höhe von 2 vollen Monatsgehältern jährlich erreicht haben.